



## Antrag

der Abgeordneten **Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt, Harry Scheuenstuhl, Martina Fehlner SPD**

### **Aktionstag gegen Hasspostings im Netz**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport zu berichten, welche Erkenntnis der bundesweite Aktionstag gegen Hasspostings im Netz für Bayern erbracht hat und welche Auswirkungen das am 30.06.2017 im Bundestag beschlossene Gesetz zur Verbesserung der Rechtsdurchsetzung in sozialen Netzwerken (Netzwerkdurchsetzungsgesetz – NetzDG) für das Vorgehen gegen Hasspostings im Netz für Bayern haben wird.

Dabei ist insbesondere auf folgende Fragen einzugehen:

1. In welcher Form hat sich Bayern an dem bundesweiten Aktionstag gegen Hasspostings im Netz beteiligt?
2. Gab es über die koordinierten Festnahmen mit dem Bundeskriminalamt hinaus weitere Aktionen im Rahmen des Aktionstags?
3. Sind weitere solcher Aktionstage geplant und in wie weit kann Bayern auf Inhalte und Gestaltung Einfluss nehmen?
4. Wie ist allgemein das Vorgehen der Bayerischen Polizei und des Verfassungsschutzes bei Hasspostings im Netz?
5. Wie ist das allgemeine Vorgehen der Bayerischen Polizei und des Verfassungsschutzes bei sogenannten „Fake News“?
6. Welche Auswirkungen auf die Arbeit der Bayerischen Polizei und des Verfassungsschutzes hat das Netzwerkdurchsetzungsgesetz?

### **Begründung:**

Die zunehmende Verbreitung von Hasskriminalität und anderen strafbaren Inhalten im Internet über soziale Medien, wie zum Beispiel Facebook, Twitter, Youtube, etc., machen staatliches Handeln notwendig. Es muss deutlich werden, dass diese Form von Fehlverhalten schwere Folgen nach sich zieht, indem die Urheber zeitnah ermittelt und zur Rechenschaft gezogen werden. Darüber hinaus kommt es neben der Strafverfolgung auch darauf an, dass sich die Anbietenden Unternehmen ihrer gesellschaftlichen Verantwortung bewusst werden. Eine zeitnahe Löschung solcher Kommentare ist eine wichtige Maßnahme beim Vorgehen gegen Hass und Hetze im Netz.